

+ Heute mit „tele“
Das TV-Magazin für die ganze Woche



Sechs Tipps für eine alkoholfreie Zeit »Seite 20



Bis 2050 brauchen wir 200.000 neue Pflegekräfte

- Prognose: Demografische Entwicklung und Pensionswelle sind Hauptfaktoren
- Forderung nach höheren Gehältern und besseren Arbeitsbedingungen

WIEN. Warnungen vor dem „Pflegenotstand“ zählen schon länger zum Fixbestand im politischen Diskurs. Das Institut Gesundheit Österreich (GÖG) lieferte am Mittwoch mit einer aktualisierten Prognose neue Zahlen zu den Befürchtungen. Demnach werden in Österreich bis zum Jahr 2050 in der Pflege bis zu 200.000 zusätzliche Kräfte benötigt, um das System aufrechterhalten zu können. Aus heutiger Sicht ergibt sich jährlich eine „Lücke“ von 2000 bis 3000 Personen.

Als einen Hauptgrund beschreibt die Studie die Pensionswelle, die Mitte der 2030er Jahre ihren Höhepunkt haben soll und im Pflegebereich einen „Ersatzbedarf“ von 108.000 Personen auslösen

werde. Hinzu komme die demografische Entwicklung, also die Überalterung, wegen der 88.000 Pflegekräfte zusätzlich benötigt würden. Gar nicht einbezogen sind die Faktoren Abwanderungen und Fluktuation.

Um gegenzusteuern, rät die GÖG etwa zur Attraktivierung der Ausbildung und zur Rekrutierung von ausländischen Pflegekräften sowie Wieder- und Quereinsteigerinnen. Außerdem könne die Effizienz durch den Einsatz von Technik gesteigert und der Fokus auf Prävention geschärft werden.

Gewerkschaft, SPÖ und Caritas sind sich in der Forderung nach höheren Gehältern und besseren Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen einig. »Seite 3

Alois Mühlbacher an der Mailänder Scala



Als Solist der St. Florianer Sängerknaben verzückte das Ausnahmetalent Alois Mühlbacher einst das Publikum – vom Musikantenstadl bis zur Staatsoper in Wien. Mittlerweile ist der 28-Jährige aus Hinterstoder

ein international gefragter Countertenor. Heute debütiert Mühlbacher als Oberto in Händels Oper Alcina an der Mailänder Scala, im Mai wird er Intendant des Barockfestivals St. Pölten. »Seite 17 Foto: Eder

Kürzere Ausbildung für Pädagogen

Fünf statt sechs Jahre: Lehramtsstudium soll attraktiver werden

LINZ. Um den Lehrermangel zu beheben und angehende Pädagogen früher ins Klassenzimmer zu bekommen, soll das Lehramtsstudium auf fünf Jahre verkürzt werden. Außerdem soll das Bachelorstudium attraktiver werden, „vier Jahre Bachelorstudium schreckt Studierende ab“, sagte Bildungsminister

Martin Polaschek (VP) gestern in Linz. Unterstützung für die Reform der Lehrerausbildung kommt von Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander (VP) und Johannes Reitinger, Rektor der Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz. Für jene Studierenden, die sich bereits in Ausbildung be-

finden und vom Umstieg betroffen sind, soll es entsprechende Anrechnungen geben. Auch dienstrechtliche Schutzfunktionen für Junglehrer sind in der Reform vorgesehen – etwa maximal eine halbe Lehrverpflichtung bis zum Ende des Masterstudiums. »Seite 25, Leitartikel 4

LEBEN

Prinz William
Sein neues Leben als Vertreter seines krebserkrankten Vaters
»Seite 4 und 19



Foto: AFP / Mok

ESPRESSO

Verschmähter Bonus

Morgen fällt in der Fußball-Bundesliga beim Frühjahrsankick zwischen Salzburg und Sturm Graz der Startschuss zum Titelrennen. Nicht nur im Spitzenduell spielen Legionäre die Hauptrollen. Der Österreicher-Topf, der den Einsatz einheimischer Spieler belohnt, hat seine Wirkung verloren. »Seite 16

HAIDEN AM DONNERSTAG

Kaufhaus Lamarr:
War Benkos Ruhm so glamourös wie der von Hedy Lamarr? »Seite 4



LOTTO

6 aus 45: Mittwoch-Ziehung

3 4 20 37 40 42 8

LottoPlus: 6|9|25|39|42|44
Joker: 795332

ohne Gewähr

WIRTSCHAFT

Proteste dauern an

Die Welle der Bauernproteste in Europa geht weiter, bis zu 2000 Traktoren sollen Freitag Rom belagern. Nennenswerte Demos in Österreich sind bisher ausgeblieben, Verständnis in der Branche ist aber vorhanden: Würden Interessen ignoriert, sei es möglich, dass die Traktoren auch hier rollen. »Seite 9

POLITIK

EU-Lieferkettengesetz: Keine Zustimmung

Wirtschaftsminister Martin Kocher (VP) will sich bei der Abstimmung zum EU-Lieferkettengesetz am Freitag der Stimme enthalten. »Seite 2

INTERNATIONAL

Blamage für Republikaner im US-Parlament

Die Republikaner sind beim Versuch, den Heimatschutzminister aus dem Amt zu jagen, im US-Repräsentantenhaus gescheitert. »Seite 5

WETTER

Dichte Wolken und zeitweise Regen. Ab Mittag im Süden trockener. 2 bis 14 Grad »Seite 8



AUS DEM INHALT

Meinung	4	Sterbefälle	30
Leserdialog	7	Sudoku, Rätsel	23
Börse	12	Service	21
TV-Programm	24	Termine, Kino	22

ÖÖN-ADRESSEN

Redaktion und Verlag: Promenade 23, 4010 Linz, 0732 / 7805-0; redaktion@nachrichten.at; **Anzeigen:** 0732 / 7805-500 (Fax-DW 10680), anzeigen@nachrichten.at; **Leserservice:** 0732 / 7805-560 (Fax 10685), leserservice@nachrichten.at

Österreichische Post AG TZ 022030387 T
ÖÖN Promenade 23, 4020 Linz.

Retouren an PF 100, 1350 Wien

4 0 0 0 6

9 005454 100147





Experten raten unter anderem zu Attraktivierungsmaßnahmen in den Pflegeberufen, um den Zulauf zu erhöhen.

Foto: APA/Keystone

Prognose: Bis 2050 sind in der Pflege 200.000 zusätzliche Kräfte notwendig

Die „Lücke“ wächst durch viele Pensionierungen und die demografische Entwicklung

WIEN. Fast 200.000 Beschäftigte sind bis 2050 zusätzlich notwendig, um in Österreich Pflege und Betreuung aufrechterhalten zu können. Dieses Ergebnis einer Bedarfsprognose legte am Mittwoch die Gesundheits-Österreich (GÖG) vor.

Einberechnet wurden der „Ersatzbedarf“ durch zu erwartende 108.000 Pensionierungen und der „Zusatzbedarf“ an rund 88.000 Pflegekräften, die im Zuge der demografischen Entwicklung benötigt würden, erklärte Brigitte Juraszovich von der GÖG.

Von der Studie erfasst wurde Personal in Akutspitälern und Reha-Einrichtungen sowie in der stationären, teilstationären und mobilen Langzeitpflege. Insgesamt ergibt sich dort bis 2030 ein kumulierter Mehrbedarf von rund 51.000 Personen, bis 2040 von 120.000 und bis 2050 von 196.500 Beschäftigten.

Nimmt man nur die Pflegepersonen im engeren Sinn in den Fokus (Pflegeassistenten, Pflegefachassistenten und Diplomiertes Gesundheits- und Krankenpflegepersonal), braucht es bis 2030 jährlich zwischen 5000 und 5900 Personen mehr. 2031 bis 2040

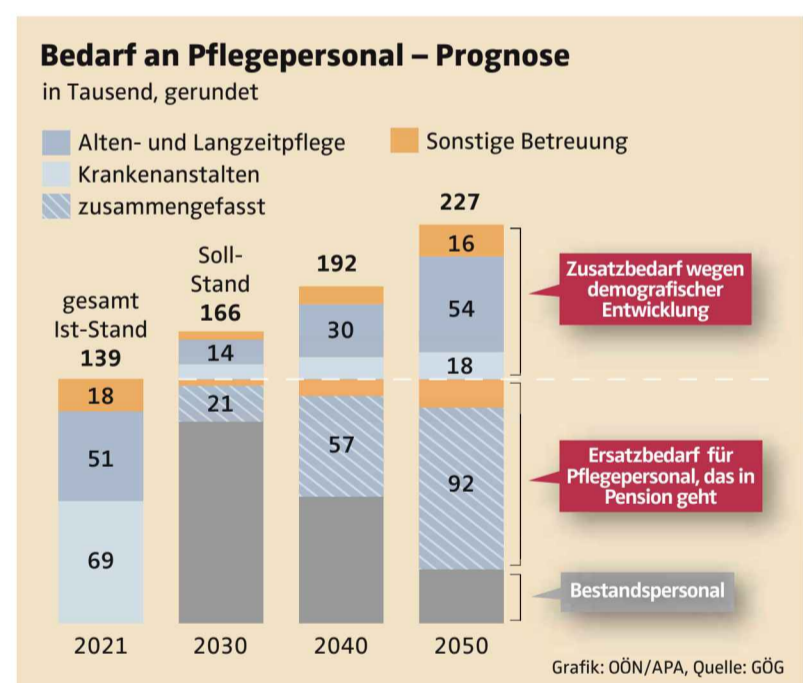
werden im Schnitt 5600 Personen benötigt, 2041 bis 2050 sind es dann 6200.

Derzeit werden in den genannten Bereichen im Schnitt 5100 Personen ausgebildet. Das klinge zwar wie eine vollständige Abdeckung des Bedarfs. Allerdings müsse man hier einbeziehen, dass nur rund 80 Prozent der Ausgebil-

deten in den Pflegeberuf einsteigen, sagte Juraszovich. Deshalb und wegen der Fluktuation und der Pensionsabgänge ergebe sich eine jährliche „Lücke“ von 2000 bis 3000 Personen.

Um diese zu schließen, empfiehlt die GÖG eine Attraktivierung der Ausbildung, die Rekrutierung von Pflegekräften aus dem

Ausland und von Wiedereinsteigerinnen und Quereinsteigern sowie bessere Arbeitsbedingungen. Außerdem könne man die Effizienz durch mehr Einsatz von Technik steigern und das Pflegepersonal durch administrative Kräfte entlasten. Durch die Erhöhung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung könnte etwa die Pflegebedürftigkeit reduziert werden.



Grafik: OÖN/APA, Quelle: GÖG

Reaktionen

Caritas-Direktor Klaus Schwertner hält gute Gehälter, neue Modelle in der Personalplanung und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie eine entsprechende Berufsanerkennung bei Pflegepersonen für nötig. Für Volkshilfe-Präsident Ewald Sacher sind die Zahlen der Prognose sogar zu tief gegriffen, weil etwa die Reduktion der Wochenarbeitszeit noch nicht eingerechnet sei.

SP-Sozialsprecher Josef Mutschsch verlangte eine Bezahlung in Höhe von 2300 Euro brutto für Personen in der Pflegeausbildung. VP-Seniorenbundpräsidentin Ingrid Korosec will einen Ausbau der Digitalisierung wie etwa durch Telemedizin oder Smart-Home-Technologien.

Stangl: Pflege soll als Schwerarbeit anerkannt werden

LINZ. Trotz körperlicher und psychischer Belastung und personeller Engpässe in der Branche sei es Pflegekräften aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage nur unter eingeschränkten Bedingungen möglich, mit 60 Jahren in Schwerarbeitspension zu gehen, kritisiert Oberösterreichs Arbeiterkammer-Präsident Andreas Stangl.

Die meisten Pflegekräfte erfüllen die Voraussetzungen nicht, selbst wenn sie Nacharbeit leisten. „Daher ist es dringend nötig, die Schwerarbeitsverordnung anzupassen und Pflege generell als Schwerarbeit anzuerkennen“, fordert Stangl. Zur Erreichung der für die Schwerarbeitspension erforderlichen Versicherungszeiten sollen zudem Schul- und Ausbildungszeiten in vollem Umfang als Versicherungszeit angerechnet werden, so Stangl. Sonst würden noch mehr Pflegekräfte in andere Berufe wechseln, warnt Stangl.



AK-Präsident Andreas Stangl

Foto: Weibold

Klimabonus: Start der zweiten Welle

WIEN. Der Klimabonus 2023 wurde großteils bereits ausgezahlt, rund 7,4 Millionen Menschen haben ihn per Überweisung und ca. eine Million als Gutschein erhalten. In einer zweiten Auszahlungswelle geht der Klimabonus ab heute nun auch noch an jene 633.000 Menschen in Österreich, die ihn bisher noch nicht bekommen, aber mit Jahresende das Anspruchskriterium erfüllt haben. Antrag müsse dafür keiner gestellt werden, betonte das Klimaschutzministerium gestern.

Mit dem Klimabonus werden die Einnahmen aus der CO₂-Steuer umverteilt. Der Sockelbetrag liegt bei 110 Euro. Kinder bekommen den halben Betrag.

Gesundheitsausgaben knapp unter der 50-Milliarden-Grenze

In absoluten Zahlen sind die Ausgaben 2022 auf 49,9 Milliarden Euro gestiegen – in Relation zum BIP sind sie jedoch gesunken

WIEN. Die Gesundheitsausgaben sind in Österreich im Jahr 2022 auf 49,9 Milliarden Euro angestiegen. Das ist in absoluten Zahlen ein moderater Anstieg im Vergleich zu 2021 (siehe Grafik), wie die gestern veröffentlichte Berechnung der Statistik Austria zeigt.

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind die Ausgaben von 2021 auf 2022 jedoch gesunken – von 12,2 Prozent des BIP auf 11,2 Prozent des BIP. Das liege daran, dass das nominelle BIP noch kräftiger gestiegen sei als die Gesundheitsausgaben, wie Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas erklärte.

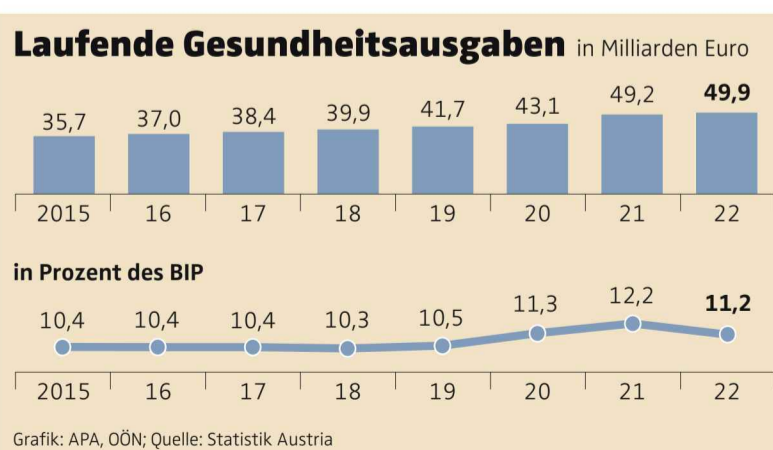
Vor der Corona-Pandemie, 2019, lag der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP übrigens noch bei 10,5 Prozent. Und noch ein Lang-

zeitvergleich: 2010 lagen die gesamten Gesundheitsausgaben in Österreich bei nur 30 Milliarden Euro.

Wesentliche Daten der Gesundheitsstatistik 2022:

■ **Im internationalen Vergleich** mit den 38 OECD-Staaten liegt Österreich mit seinen Gesundheitsausgaben von 11,2 Prozent des BIP auf dem achten Platz. Der OECD-Schnitt liegt bei 9,2 Prozent. Die mit Abstand höchsten Gesundheitsausgaben hatten 2022 wieder die USA (16,6 Prozent), gefolgt von Deutschland (12,7 Prozent) und Frankreich (12,1 Prozent).

■ **Der größte Teil der Gesundheitsausgaben in Österreich** wird von öffentlicher Seite (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträ-



Grafik: APA, OÖN; Quelle: Statistik Austria

ger) getragen: 38,7 Milliarden Euro bzw. 77,6 Prozent. Private Ausgaben – etwa von privaten Haushalten, freiwilligen Krankenversicherungen oder Unternehmen – machten 11,2 Milliarden Euro oder 22,4

Prozent der laufenden Gesundheitsausgaben aus.

■ 14,7 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln wurden 2022 für die **Fondskrankenhäuser inklusive**

Spitalsambulanzen aufgewandt. Den größten Teil der bundesweiten Spitalsfinanzierung trugen mit 43 Prozent die Sozialversicherungen, gefolgt von den Ländern (34,3 Prozent), dem Bund (12,4 Prozent) und den Gemeinden (10,3 Prozent).

■ **Größter Anstieg bei den Spitalskosten in Oberösterreich:** Mit einem Plus von 8,2 Prozent war der Anstieg der Spitalskosten 2022 in Oberösterreich am größten – bundesweit lag der Anstieg bei vier Prozent. Von den öffentlichen Spitalskosten von 2,49 Milliarden Euro in Oberösterreich trugen die Sozialversicherungen 1,1 Milliarden Euro, das Land 630 Millionen, die Gemeinden 466 Millionen und der Bund 299 Millionen. (wb)